Effekt der hohen Einwanderung

Im Artikel kritisiert Hansueli Schöchli die Thesen des Historikers Oliver Zimmer und will sie durch scheinbar objektive Daten zurechtrücken («Die Einwanderung ist nicht an allem schuld», NZZ 23. 10. 25). Dabei übersieht er wesentliche Aspekte seiner eigenen Zahlen: So bleibt die Rolle der Sozialtransfers in den Einkommensdaten etwa unerwähnt, oder die problematische Konzentration des Stellenwachstums im öffentlichen Sektor wird ausgeblendet.

Das zentrale Argument für die Personenfreizügigkeit aber lautet, die Schweizer Wirtschaft sei seit 2002 gewachsen und alle hätten profitiert. Schöchli führt an, das reale Haushaltseinkommen sei seitdem um 9 Prozent gestiegen – das entspricht 0,4 Prozent pro Jahr (Median). Ohne jeden Beleg wird suggeriert, dieses Wachstum sei allein der Personenfreizügigkeit zu verdanken und wäre ohne diese nicht realisiert worden. Diese Annahme ist angesichts der langjährigen wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg unhaltbar. Tatsächlich ist ein jährliches Wachstum der verfügbaren Haushaltseinkommen von 0,4 Prozent ein schwaches Ergebnis.

Es ist plausibel, dass die Haushaltseinkommen ohne Personenfreizügigkeit mindestens gleich stark – wenn nicht stärker – gestiegen wären. Der Nettobeitrag der Personenfreizügigkeit zum durchschnittlichen Einkommen ist daher bestenfalls marginal, realistischerweise jedoch negativ. Berücksichtigt man zudem die externen Kosten des Bevölkerungswachstums – überfüllte Züge, Wohnungsknappheit, verbauter Landschaftsraum –, verschiebt sich die Gesamtrechnung der Personenfreizügigkeit eindeutig ins Negative.

Thomas Kraus, Thalwil

Die Replik auf das ausgezeichnete Interview mit Oliver Zimmer hat einen Schwachpunkt. Der Autor operiert mit den offiziellen Inflationsraten, die aus folgenden Gründen falsch sind: Die Preise für handelbare Güter sind seit dem Eintritt Chinas in die Weltwirtschaft entweder deutlich gesunken oder sehr viel weniger gestiegen als die Preise für Dienstleistungen und Immobilien.

Der Warenkorb besteht in den meisten Industrieländern etwa zu einem Drittel aus handelbaren Gütern. Handelbare Güter wie PC, Handys, TV-Geräte kauft der Konsument nicht jeden Monat, sondern nur alle paar Jahre. Hingegen bezahlt er Miete, Essen, Krankenkasse, Coiffeur usw. jeden Monat. Daraus ergibt sich für den Konsumenten, insbesondere beim Mittelstand und bei tieferen Einkommen, eine real deutlich höhere Teuerung als ausgewiesen.

Larry Summers, ehemaliger US-Finanzminister, hat in einer Studie die echte Inflation als etwa doppelt so hoch wie ausgewiesen bezeichnet. Daraus ergeben sich zwei wichtige Folgen: Die Volkswirtschaften der wichtigsten Industrieländer weisen seit Jahren kein Real-, sondern nur noch ein Nominalwachstum auf, was die Unzufriedenheit breiter Konsumentenkreise erklärt.

Die Notenbanken verfolgen aufgrund einer zu tief ausgewiesenen Inflation eine zu expansive Geldpolitik, die primär Vermögenswerte aufbläst und eine Prosperität vorgaukelt, von der nur die Habenden profitieren. Dies bestätigt aus wirtschaftlicher Perspektive die wichtigen und klar dargelegten Thesen von Oliver Zimmer.

Felix Zulauf, Zug

«Sprache ist mehr als nur Kommunizieren»

Eliane Perret ist voll und ganz zuzustimmen (NZZ 24. 10. 25). Dass die frühkindliche Phase vom ersten Tag an für die Entwicklung der individuellen Sprach- und Sozialkompetenz entscheidend ist, ist längst erwiesen.

Dies gilt auch rein quantitativ: Je mehr mit dem Kleinkind und um es herum gesprochen wird, desto besser. Die Ansicht aber, dass dies «vorerst alleine» die Mutter leisten soll, verrät ein durch das Hier und Jetzt verzerrtes Bild. Fast während der ganzen Menschheitsgeschichte waren dafür mindestens so sehr die älteren Geschwister, oft auch andere Verwandte oder Angestellte zuständig. Welch grossartige Bereicherung für das Kind und welche Entlastung für die Mutter.

Rudolf Wachter, Davos Monstein

Gleich zwei Artikel in der NZZ vom 24. Oktober widmen sich dem Problem der Sprachkompetenz: zum einen der Gastkommentar von Eliane Perret, der die Erstsprache bei Kindern thematisiert, und zum anderen der Beitrag von Sebastian Briellmann mit dem Titel «Im Alltag überfordert», der sich auf Erwachsene bezieht.

Ergänzend dazu beschrieb bereits Giorgio Scherer (NZZ 30. 9. 25), dass die Lesefähigkeit bei nahezu der Hälfte der Schüler ungenügend ist, Tendenz steigend. Diese Befunde legen die Vermutung nahe, dass die Sprachkompetenz in der Schweiz insgesamt im Argen liegt.

Es wäre aufschlussreich, wenn die von Briellmann zitierte Statistik Auskunft darüber gäbe, ob sich die Beobachtungen des Analphabetismus und der Rechenschwäche in allen Landesteilen und über die verschiedenen Landessprachen hinweg gleichermassen manifestieren oder ob hier regionale Unterschiede bestehen.

Als Kursleiter im Bereich der Beförderung gefährlicher Güter habe ich über mehrere Jahrzehnte hinweg feststellen müssen, dass Erwachsene zunehmend Schwierigkeiten bekunden, Gesetzesartikel zu lesen, korrekt zu interpretieren und anzuwenden. Nimmt die Kompetenz allein bei uns ab, oder sind ähnliche Entwicklungen auch in unseren Nachbarstaaten zu beobachten?

Meine Erfahrung war, dass Teilnehmende aus Deutschland beim Lesen und Interpretieren von Vorschriften signifikant bessere Ergebnisse erzielten. Ein möglicher Grund hierfür ist die Notwendigkeit für uns Deutschschweizer, die hochdeutsche Gesetzessprache erst einmal in unsere Mundart zu übersetzen. Wie aber erklärt man die katastrophale Rechenschwäche der Hälfte der Bevölkerung?

Ernst Winkler, Schwerzenbach

Engagements russischer Künstler

Ich bin immer wieder hoch erfreut, ja gerührt, wenn Menschen für schwierige Fragen und Situationen klare, intelligente und verständliche Worte finden. Danke, Roman Horbyk, für Ihre Replik zum Auftritt von Anna Netrebko am Opernhaus Zürich («Ein Symbol russischer Gleichgültigkeit», 24. 10. 25).

Ein schrecklicher Krieg tobt in Europa, und das geht uns alle etwas an. In diesem Sinn hat sich auch Karl Schlögel, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, in seiner Dankesrede geäussert. Wer nicht zu den Waffen greifen möchte, muss andere Wege suchen, um gegen die Aggression anzukämpfen, zum Beispiel mit passivem Widerstand.

Das Opernhaus Zürich hat bezüglich des russischen Angriffskrieges bisher klar Position bezogen und die Engagements russischer Künstler abgewogen. Ein Auftrittsverbot für Künstler, die sich mit ihrer Nähe zu den Machthabern und «eigentlichen Kriegstreibern» besonders hervorgetan haben, ist da nur konsequent.

Wie und womit sich Gergiev, Netrebko und Co. moralisch ins Abseits bewegt haben, bleibt dahingestellt. Fehler machen alle, und sie dürfen auch irgendwann begraben werden. Das Engagement der umstrittenen Netrebko lese ich deshalb als Provokation seitens Matthias Schulz, der mit seinem eigenmächtigen Handeln und seiner dünnen Argumentation die bisher klare Positionierung des Opernhauses untergräbt.

Die ausverkauften Vorstellungen erstaunen mich schon sehr. Sie sind sicher vorteilhaft für die Opernhaus-Kasse, aber nicht unbedingt für die Reputation des Hauses und des Zürcher Publikums.

Verena Steiner, Zürich

An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Die Uno braucht Reformen

Gastkommentar
von NORA MEIER

Am 24. Oktober 2025 feierte die Uno ihr achtzigjähriges Bestehen. Dank ihrer Arbeit konnten über die Jahrzehnte weltweit Konflikte entschärft, Millionen Menschen mit humanitärer Hilfe versorgt und Fortschritte in global wichtigen Bereichen erzielt werden. Dass sich die Welt aber seit der Gründung der Organisation 1945 merklich verändert hat, lässt sich nicht bestreiten. Auch nicht, dass sich die Uno den neuen Gegebenheiten nicht genügend angepasst hat.

So befindet sich das multilaterale System, das die Uno eigentlich verkörpert, unter Druck. Einerseits gibt es Staaten, die dem System aktiv entgegenwirken, weil sie ihre Interessen bilateral besser wahrnehmen können. Andererseits mehren sich jene Stimmen, die zwar an die Idee des Multilateralismus und eines regelbasierten Systems glauben, dieses aber als realitätsfremd und wenig wirksam abtun. Während sich Erstere von der Uno-Charta abwenden, schwinden bei Letzteren Vertrauen und Hoffnung. Darum braucht es eine aktive dritte Gruppe von Staaten. Eine, die sich tatkräftig dafür einsetzt, die Uno zu befähigen, ihren 1945 definierten Zweck zu erfüllen. Das liegt insbesondere im Interesse jener Staaten, die sich nicht bilateral mittels Macht durchsetzen können. Und es gilt für eine Mehrheit der (demokratischen) Staaten, wie derzeit gut illustrierbar am Beispiel der amerikanischen Zollpolitik.

Ihrem Zweck wird die Uno heute nicht mehr umfassend gerecht. Gerade die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten oder im Sudan zeigen, wie dringend insbesondere eine Reform des Uno-Sicherheitsrats ist, des zentralen Organs der Organisation. Wichtige Entscheide in diesem Gremium werden blockiert, allen voran durch Russland und – wenn es um den Nahen Osten geht – oftmals auch durch die USA. Mit der Konsequenz, dass die Uno bei den Konfliktlösungen in den genannten Kriegen als Vermittlerin keine Rolle spielen kann. Um den Sicherheitsrat handlungsfähiger zu machen, müsste zum einen seine Zusammensetzung so geändert werden, dass er ein besseres Abbild der heutigen Welt darstellt. Dies würde wohl nicht nur eine Vergrösserung der Zahl nichtständiger und ständiger Sitze erfordern, sondern auch eine Selektion der Mitglieder basierend auf objektiven Kriterien, wie etwa demografischen und wirtschaftlichen Kennzahlen. Zum anderen müssten gleichzeitig auch Bestrebungen zur Abschwächung des Vetorechts der fünf bisherigen ständigen Mitglieder unternommen werden, um die Möglichkeiten der Blockade einzuschränken.

> Gerade die derzeitigen Kriege zeigen, wie dringend eine Reform des Uno-Sicherheitsrats ist.

Ideen, wie Reformen aussehen könnten, bestehen. Die Herausforderung ist deren Umsetzung. Es braucht die erwähnte dritte Gruppe von Staaten, zu der auch die Schweiz gehört, die einsehen, dass die Uno zu wichtig ist, als dass man sich ihrer nicht annimmt; die den Mut haben, die Stimme gegen jene zu erheben, die die Organisation zwar lauthals als «lahme Ente» kritisieren, aber zynischerweise von einer schwachen Uno profitieren. Die Reformwilligen können sich – unterstützt von der Zivilgesellschaft und der Akademie – zusammentun, mobilisieren und Reformvorschläge einbringen. Die Rolle der Schweiz? Sie kann mithelfen, Koalitionen aufzubauen – mit interessierten grossen Staaten, wie z. B. Deutschland, Indien, Brasilien oder Nigeria. Aber auch mit kleinen, wie Costa Rica, Neuseeland oder Liechtenstein. Prozedural gesehen, kann die im März 2025 vom Uno-Generalsekretär António Guterres lancierte Initiative UN80 dazu den nötigen Rahmen bieten. Politisch gesehen, erweisen sich die derzeitigen schrecklichen Kriege tragischerweise geradezu als Gelegenheit dazu.

Nora Meier ist Politikwissenschafterin und Präsidentin der Gesellschaft Schweiz - Uno (GSUN).

Neue Zürcher Zeitung
UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 246. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Ivo Mijnssen (mij.), Carola Ettenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk.).

Tagesleitung: Ivo Mijnssen (mij.), Samuel Burgener (sbr.), Jaqueline Lipp (ljp.).

International: Benedict Neff (ben.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Nina Belz (nbe.), Werner J. Marti (wjm.), Dominique Burkhardt (dbu.), Katrin Büchenbacher (k. b.), Jonas Roth (jon.), Isabelle Jacobi (eja.), Anne Allmeling (all.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hhs.), Tobias Gafafer (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Sebastian Briellmann (sb.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Matthias Venetz (atz.), Andrea Fopp (afo.), Selina Berner (sia.).

Westschweiz: Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fba.), Katja Baigger (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (cir.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Oliver Camenzind (olc.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.), Andrea Marti (aam.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldges (df.), Eflamm Mordrelle (EM), Isabelle Wachter (iwa.), Moritz Kaufmann (mkf.), Jörg Meier (mju.), Markus Städeli (stä.), Albert Steck (sta.), Jörg Zulliger (jz.), Janique Weder (wej.), Jannik Belser (jab.), Beatrice Bösiger (boe.), Thomas Schlittler (tsc.).

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pfi.) – Chefökonom u. Co-Leitung NZZ Pro, Peter Rissanyi (pra.) – Co-Leitung NZZ Pro u. Geopolitics, Georg Häsler (geo.), Leon Igel (lig.), Lukas Mäder (mdr.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahrtz (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Kalina Oroschakoff (oro.), Esther Widmann (ewd.), Philipp Wolf (pfw.), Eva Meil (ev.), Martin Amrein (mna.), Anna Weber (awa.), Georg Rüschemeyer (rus.), Lena Wattle (lwt.), Leonid Leiva Ariosa (lel.), Michael Brendler (mbl.), Ori Schipper (ori.).

Feuilleton: Rico Bandle (rb.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ube.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Rahel Zingg (zin.).

Sport: Sebastian Bräuer (smb.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Germann (ger.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (scf.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Ackermann (pan.).

Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (-yr.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (bk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Till Minder (tti.), Jacqueline Lipp (ljp.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (msx.), Kevin Weber (kwe.), Elena Oberholzer (obe.), Leonie Wagner (lwa.), Salome Woerlen (woe.), Yasmin Müller (yas.), Lisa Aeschlimann (ael.), Renato Schatz (atz.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhard (bup.), Florentin Erb (erf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Lucia Grassi (glu.), Severin Pomsel (spo.), Raca Wita (raw.), Valentina Winkler (wiv.), Patrizia Widmer (wip.), Simon Knolmayer (ssk.).

Format: Jörg Walch (jwa.), Nicole Krättli (krä.), Sévérine Bruderer (brs.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.), Luca Froelicher (luf.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Sarah Zeigler (srs.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dv.), Marlen Oehler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Jonny Rieger (rje.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (ija.).

Audience Management: Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfi.), Martin Arnold (ma.), Nicolas Fröhner (fnn.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xen.), Joana Kelén (jok.), Jasmine Rueegg (jmr.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Ott (sih.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Daniel Beljan (beb.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Jasmin Hegetschweiler (hja.), Ida Götz (ida.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Lucie Patka (lpa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rot.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Özalp (ilö.), Lisa Leonardy (lil.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Philippe Flück (flp.), Marco Krüger (krm.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Signer (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aeby (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Isabelle Hager (iba.), Maja Siebrecht (msi.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.).

Korrektorat: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinvorth (DSt). **London:** David Signer (dai.), Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (ffx.), Morten Freidel (fre.), Oliver Maksan (oma.), Jonas Hermann (jsh.), Beatrice Achterberg (bta.), Marco Seliger (mse.), Johannes C. Bockenheimer (JCB.), Nathan Giwerzew (giw.), Anna Schiller (asch.), Malte Fischer (mfi). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.). **Madrid:** Ute Müller (um.). **Wien:** Meret Baumann (bam.). **Berlin/Warschau:** Volker Pabst (pab.). **Tallinn:** Linda Koponen (lkp.). **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (imr.), Antonio Fumagalli (fum.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Nicole Aniker (ann.). **Beirut:** Daniel Böhm (dan.). **Tel Aviv:** Rewert Hoffer (rew.). **Bangkok:** Andreas Babst (abb.). **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (uvs.). **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** Andreas Scheiner (sca.). **New York:** André Müller (ams.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).
NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.), Daniel Di Falco (ddf.)

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Charlottenstrasse 42, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich,
Tel. +41 44 258 11 11, www.nzz.ch.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.
Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich,
Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.de, www.nzz.ch/faq.
Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzone.ch, www.nzzone.ch.
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print: 950 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat).
NZZ E-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).
Kombi NZZ Fr & Sa Print: 425 Fr. (12 Monate), 38 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.
NZZ International Print: 650 € (12 Monate), 59 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.
Kombi NZZ & NZZaS Print: 1026 Fr. (12 Monate), 94 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.
NZZ U30: 2 50 Fr. (1 Woche).
Alle Preise gültig ab 1. 1. 2025.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2025.

Alle Rechte vorbehalten. Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

KARIKATUR DER WOCHE

Nachbarschaftshilfe ist keine Einbahnstrasse

Die Kriegsneutralität nach dem Haager Abkommen hat ihre militärische Schutzfunktion verloren. Angesichts der hybriden Kriegsführung bietet das Neutralitätsrecht keine Sicherheit mehr. Gastkommentar von René Rhinow und Paul Seger

Die gegenwärtigen Diskussionen über die schweizerische Neutralität, vor allem über die Neutralitätsinitiative und über die Frage eines allfälligen Gegenvorschlags, stützen sich auf völkerrechtliche Vorgaben, wie sie namentlich der Bundesrat in seiner Botschaft zur Neutralitätsinitiative dargelegt hat. So soll nach einer grossen Mehrheit der Völkerrechtslehre und der Staatenpraxis das Haager Neutralitätsrecht von 1907 auch bei schwerwiegenden Verletzungen der Uno-Charta weiterhin anwendbar sein. Die Regeln der Uno-Charta von 1945 mit ihrem absoluten Angriffs- und Gewaltverbot und das alte Haager Neutralitätsrecht würden somit «nebeneinander» bestehen. Dieser Auffassung kann in dieser apodiktischen Form nicht gefolgt werden.

Macht geht vor Völkerrecht

Ein «Nebeneinander» suggeriert Gleichwertigkeit beider Regelwerke. Dabei geht unter, dass die beiden Haager Neutralitätsabkommen seit ihrer Verabschiedung vor fast 120 Jahren nie mehr erneuert wurden. Sie regeln nicht einmal die Neutralität im Luftkrieg, ganz zu schweigen von modernen Kriegsformen wie Cyberwar. Das Haager Neutralitätsrecht gibt ebenfalls keine Antwort auf niederschwellige Konfliktmethoden wie hybride Kriegsführung oder Störung kritischer ziviler Infrastruktur. Zum Vergleich: Wie sicher wären wir heute unterwegs, wenn das Strassenverkehrsgesetz seit seiner Einführung nie mehr geändert worden wäre? Es wundert nicht, dass massgebliche Völkerrechtler wie Daniel Thürer, Thomas Cottier oder der österreichische Neutralitätsexperte Peter Hilpold das Neutralitätsrecht als obsolet bezeichnen.

Dabei tönte es im bundesrätlichen Neutralitätsbericht von 1993, der heute noch als massgeblicher Leitfaden gilt, ganz anders: «Zwischen einem Staat, der die Völkerrechtsordnung in schwerwiegender Weise missachtet oder den Frieden bricht, und der gesamten übrigen Staatengemeinschaft kann es grundsätzlich eine neutrale Haltung nicht geben. Die Schweiz muss sich in derartigen Fällen eindeutig auf die Seite des Rechts und damit der Vereinten Nationen stellen.» Im Falle des krass völkerrechtswidrigen Angriffs von Russland blieb der Bundesrat dabei jedoch auf halbem Weg stehen. Zwar übernahm er – nach anfänglichem Zögern – die Wirtschaftssanktionen der EU, doch er verweigerte die Erlaubnis, ins europäische Ausland verkauftes Kriegsmaterial an das Angriffsopfer zwecks Selbstverteidigung weiterzugeben.

Anstelle des blockierten Sicherheitsrats verurteilte die Uno-Generalversammlung am 2. März 2022 mit überwältigendem Mehr den Angriff Russlands als eine Verletzung des völkerrechtlichen Aggressionsverbots. Diese Resolution hätte dem Bundesrat als ausreichende Grundlage dienen können, um die Anwendung des Neutralitätsrechts auszuklammern. Die Schweiz wäre also durchaus berechtigt und in der Lage, die starre Bindung an das alte Haager Recht im Widerspruchsfall zu lockern und primär die Regeln der Uno-Charta zu befolgen. Dies würde sich umso mehr aufdrängen, als die Schweiz das einzige Land der Welt ist, das sich in das alte Haager Abkommen verkrallt und sich so sicherheitspolitisch einigelt. Nicht zuletzt deshalb wird die schweizerische Neutralität im Ausland heute nicht mehr verstanden.

Sodann fällt auf, dass diese Fixierung auf ein unzeitgemässes Völkerrecht die Kernfrage jeder Neutralität ausblendet: à quoi bon? Bis zu den Haager Abkommen war die Neutralität ein rein politisches Instrument des Bundes im Dienste der Sicherheitspolitik. Erst seither ist sie «verrechtlicht» worden – und ihre politischen Funktionen gerieten in den Hintergrund. Die Neutralität wurde zum nicht hinterfragten Mythos. Eigentlich müsste doch aber diskutiert werden, in welchen Situationen und wie die Neutralität der schweizerischen Sicherheit zu dienen vermag. Die Kriegsneutralität nach dem Haager Abkommen hat ihre eigentliche Raison d'être – nämlich ihre militärische Schutzfunktion – verloren. Auf die heute zunehmenden, perfiden Methoden der Aggression und Destabilisierung unterhalb eines klassischen militärischen Angriffs (hybride Konfliktführung, Subversion, Desinformation) bietet das Neutralitätsrecht keine Antwort und daher auch keine Sicherheit.

Zudem zeigen die jüngsten Erfahrungen leider, dass Mächte, die gross sind oder sich für gross halten, sich unverfroren über das Völkerrecht hinwegsetzen. Man muss also Zweifel haben, ob das Neutralitätsrecht die Schweiz sogar im Falle eines bewaffneten Angriffs schützt. Schonungslos formuliert: Das Schicksal der Neutralität in der Praxis hängt «im Ernstfall» weder vom Völkerrecht noch von der Bundesverfassung ab, sondern primär vom Willen fremder Mächte.

> Die Schweiz muss in der Sicherheitspolitik Handlungsfreiheit bewahren. Vor einer zusätzlichen Verrechtlichung ist zu warnen.

Friedensfunktionen wahrnehmen

Diesen zentralen Fragen wird beharrlich ausgewichen und auf eine sogenannte «Bewährung» der Neutralität hingewiesen – als ob eine Bewährung in der Vergangenheit bei grundlegenden geopolitischen Veränderungen Zukunftsfragen beantworten könnte. Es muss endlich über die Funktionen der Neutralität diskutiert werden, über ihr realitätsbezogenes Vermögen und Unvermögen, den aussen- und sicherheitspolitischen Zielen der Bundesverfassung zu dienen.

Eine Annahme der Neutralitätsinitiative führte genau in die umgekehrte Richtung. Die Schweiz würde ihr eigenes neutralitätsrechtliches Korsett noch enger schnüren. In einem Punkt beweist der Text übrigens besondere Doppelmoral: Nichtmilitärische Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten wären verboten, erlaubt wäre hingegen die Zusammenarbeit mit der Nato oder der EU für den Fall eines militärischen Angriffs auf die Schweiz. Konkret: Die Schweiz dürfte die heutigen Sanktionen der europäischen Staaten gegen den russischen Aggressor zwar nicht mehr mittragen, jedoch wäre es erlaubt, genau dort Beistand anzufordern, wenn wir selbst angegriffen würden. Glaubt man ernsthaft, unsere Nachbarn würden uns zu Hilfe eilen, wenn wir zuvor gegenüber gemeinsamer Bedrohung gleichgültig die Arme verschränkt haben? Nachbarschaftshilfe ist keine Einbahnstrasse.

Die Schweiz kann und soll ihre Neutralität auf der Grundlage der Uno-Charta selbst bestimmen und davon abrücken, Aggressor und Opfer durchwegs gleich behandeln zu müssen. Sie kann und soll Friedensfunktionen wahrnehmen. Und vor allem muss sie in der Sicherheitspolitik Handlungsfreiheit bewahren. Vor einer zusätzlichen Verrechtlichung ist zu warnen. Jede Fixierung in der Bundesverfassung kann entweder der Sicherheit der Schweiz im Wege stehen oder zu einer Missachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben führen. Denn in der Not bleibt keine Zeit für eine ordentliche Verfassungsrevision.

René Rhinow ist em. Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel, von 1987 bis 1999 war er im Ständerat (Basel-Landschaft, FDP); **Paul Seger** war lange Jahre im diplomatischen Dienst tätig und leitete von 2003 bis 2010 die Direktion für Völkerrecht im EDA.